

# Die Zusammenarbeit der Partei DIE LINKE mit sozialen Bewegungen

## Grundsätzliches

Für die Partei DIE LINKE stellt die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen gesellschaftlichen Akteuren einen wesentlichen Teil der politischen Wirkungsmacht dar.

Unsere gesellschaftliche Stärke ergibt sich aus dem Zusammenwirken von parlamentarischen Aktivitäten sowie außerparlamentarischer Verwurzelung in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden und Vereinen. Dies erlaubt eine gesamtgesellschaftliche Kampagnenfähigkeit für einen grundlegenden Politikwechsel, für die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, um den Kapitalismus zugunsten einer sozial gerechten, freiheitlichen und solidarischen Gesellschaft zu überwinden.

Wir sprechen hier in erster Linie über Bündnispolitik und das Verhältnis zu den so genannten „neuen sozialen Bewegungen“ wie der Friedensbewegung und der globalisierungskritischen Bewegung, der Studierendenbewegung, Umweltbewegung, der Sozialproteste, der Frauenbewegung, der emanzipatorischen Behindertenbewegung sowie der Bewegung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender. Das spezielle Verhältnis zu den Gewerkschaften spielt entsprechend in diesem Papier eine untergeordnete Rolle.

Die parlamentarischen Möglichkeiten der LINKEN hängen im großen Maße davon ab, ob sich in der Gesellschaft politischer Druck durch soziale Bewegungen entwickelt, wozu DIE LINKE ihren Teil beitragen kann. DIE LINKE will sowohl Partnerin als auch Teil der sozialen Bewegungen für Gerechtigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung, ökologisches Wirtschaften und Frieden sein. Dieser Anspruch wird durch die Partei eingelöst, in dem sie an Bündnissen und Kampagnen, wie z.B. den G8-Gipfelprotesten Heiligendamm 2007, aktiv teilnimmt. Ebenso tun dies die Mitglieder und die Mandatsträger/innen der LINKEN, in dem sie sich alltäglich vor Ort in ihren Lebensbezügen und Wirkungsfeldern engagieren.

Soziale Bewegungen sind nie frei von Politik oder politischer Führung – allerdings wird sie oft verdeckt ausgeübt. Die SPD hält trotz aller Widersprüche die Hegemonie in den Gewerkschaften, die Umweltbewegung ist stark geprägt durch die Grünen, in der Friedensbewegung wirken Kräfte, die den Grünen, der SPD, der LINKEN oder der DKP nahe stehen. Die Anti-Hartz IV-Bewegung hatte nicht nur eine starke Verbindung zur PDS und WASG, so hat unter anderem auch die MLPD an manchen Orten Einfluss ausgeübt. In der globalisierungskritischen Bewegung wirken zudem nicht parteigebundene politische Strömungen aus unterschiedlichen politischen Traditionen. Auch deshalb wäre es falsch, DIE LINKE hielte sich aus sozialen Bewegungen heraus.

Vielmehr muss sie sich immer dafür einsetzen, dass Bewegungen politisch breit aufgestellt sind – natürlich mit Ausnahme rassistischer und faschistischer Kräfte.

DIE LINKE muss sich ihrer Rolle als Partei und als parlamentarische Akteurin immer bewusst sein und diese nicht mit der Funktion der Protestbewegungen verwechseln: Auch eine konsequente Oppositionspartei ist nicht selbst die soziale Bewegung, sondern im besten Fall Teil sozialer Bewegungen. Bewegung und Parteien müssen gemeinsam Formen produktiver Kooperation jenseits von Vereinnahmungsversuchen durch die Partei einerseits und jenseits devoter

Unsichtbarkeit der Partei andererseits entwickeln.

Die Chronik der Zusammenarbeit zwischen sozialen Bewegungen und linken Parteien verzeichnet so manchen Konflikt und so manche herbe Enttäuschung. Ursächlich dafür waren zum einen Instrumentalisierungsversuche durch Parteimitglieder sowie anders herum die grundsätzliche Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Parteien durch sozial Bewegte; zum anderen die Anpassung politischer Kräfte an die vermeintlichen Sachzwänge der kapitalistischen Gesellschaft – am deutlichsten zu sehen bei den Grünen.

Aus diesen Fehlern sollten wir lernen. Grundlage hierfür ist eine klare politische Grundlage der Partei, die gegenseitige Anerkennung sowie der Verzicht auf einen Avantgardeanspruch.

Unsere Wurzeln

Soziale Bewegungen hat es immer gegeben, in den letzten Jahrhunderten waren sie sowohl mit dem Kampf um Freiheiten als auch mit dem Streben nach Aneignung materieller Lebensgrundlagen verbunden.

Die Arbeiter/innenbewegung mit ihren politischen Parteien, Gewerkschaften sowie ihren vielfältigen sozialen und kulturellen Organisationen prägte die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen den Kräften der Arbeit und des Kapitals.

In den *neuen sozialen Bewegungen* der letzten Jahrzehnte standen Themen wie Feminismus, Frieden, Ökologie, Antirassismus und Antifaschismus und internationale Gerechtigkeit und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Zentrum. Kämpfe richteten sich gegen staatliche Repression und gegen den Kolonialismus sowie für die Rechte von Frauen, Lesben, Schwulen und Queers.

In den neunziger Jahren kommt dazu die globalisierungskritische Bewegung als ein weltweiter, neuer Aufbruch im Widerstand gegen den Neoliberalismus.

Diese Bewegungen sind diejenigen, welche die neue Linke geprägt haben. Hier wollen wir verwurzelt sein!

Was sind soziale Bewegungen?

Soziale Bewegungen entstehen in gesellschaftlich relevanten Konflikten, häufig außerhalb der traditionellen Strukturen und Milieus. Sie agieren teilweise als mehr oder weniger lose Bündnisse und schaffen sich ihre jeweils eigenen Organisationsformen, oft nur als loser Zusammenhang und niedrigschwellig im Zugang. Zum Teil geschieht dies in der Auseinandersetzung mit und in Abgrenzung zu bestehenden politischen Strukturen. Spezifisch ist den sozialen Bewegungen insgesamt ein breites Themenspektrum, wobei die einzelnen Bewegungen entlang bestimmter zentraler gesellschaftlicher Fragen entstehen und sich durch konkret benennbare gemeinsame Forderungen auszeichnen. Kennzeichnend ist, dass sie neben der inhaltlichen Übereinstimmung vor allem durch eine gemeinsame Kultur beziehungsweise durch ein gemeinsames Bewusstsein zusammengehalten werden.

Ein sehr wichtiges Merkmal sozialer Bewegungen ist ihr Element der Spontaneität. Neben dem Nachteil der Diskontinuität macht dies zugleich ihre Stärke in den hegemonialen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen aus: Sie besitzen ein schnelles Reaktionsvermögen, haben die Möglichkeit Themen und Probleme

gesellschaftlich wahrnehmbar zu machen und wirken so als „Frühwarnsystem“. Sie bieten den Aktiven die Möglichkeit der Selbstveränderung und haben als Orte der Auseinandersetzung eine starke Politisierungsfunktion.

Zu den Schwachpunkten der sozialen Bewegungen zählen ihre Konjunkturanfälligkeit, ihre informellen Hierarchien, sowie die oft unbeantwortete Frage nach ihrer Durchsetzungsfähigkeit.

Zu den besonderen Potentialen sozialer Bewegungen gehört die Fähigkeit, Protestwellen von besonderer Kreativität und Intensität zu entfalten. Diese wiederum können – wie beispielsweise die Montagsdemonstrationen – besonderen Einfluss auf hegemoniale Auseinandersetzungen nehmen. Die neuen sozialen Bewegungen haben zudem folgendes bewiesen: Eine Änderung der Verhältnisse benötigt auch die Widerständigkeit der Subjekte und die Suche nach alternativer politischer sowie persönlicher Praxis und nicht nur die Existenz eines allgemeinen gesellschaftlichen Generalplans. Kurzum, die neuen sozialen Bewegungen wirken als zivilgesellschaftliche Laboratorien für alternative Politik und Praxis. Die dabei entwickelten Formen können – wenn auch abgeschwächt – Einfluss bis weit in die Gesellschaft hinein haben.

## Die Bedeutung von sozialen Bewegungen

Wie auch andere gesellschaftliche Akteure und politische Organisationsformen (Gewerkschaften, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, Parteien, Sozialforen, Verbände und Vereine) zeichnen sich soziale Bewegungen somit durch eine eigene Logik des politischen Handelns und durch eine eigene Organisationskultur aus. Diese Organisationsformen haben damit alle ihre jeweils spezifischen Stärken, Schwächen und Aufgaben; nur deren Zusammenwirken bringt eine fortschrittliche Gesellschaftsveränderung hervor.

Insbesondere aus Sicht einer Partei muss die Akzeptanz und Anerkennung für diesen eigenen Charakter von sozialen Bewegungen der Ausgangspunkt für das Herangehen an die Zusammenarbeit mit diesen Bewegungen sein. DIE LINKE erteilt einem funktionell-taktischen Verhältnis zu Bündnissen eine Absage, DIE LINKE kann und will ihr politisches Handeln nicht ohne das Eingebunden sein in gesellschaftliche Bündnisse ausrichten.

## Felder der Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen

Das bewusste Zusammenwirken von sozialen Bewegungen und einer linken Partei erfordert die Schaffung von Kooperations- und Kommunikationsräumen: Bei größeren Mobilisierungssituationen wie beispielsweise den G8-Gipfelprotesten entstehen diese Orte des Zusammenwirkens durch praktische Zusammenarbeit. Darüber hinaus bedarf es jedoch jenseits solcher Mobilisierungssituationen intensiver Bemühungen für ein Zusammenwirken.

Dazu gehören:

1. Kontakte auf der Fachebene. Ziel ist die Einbeziehung von Sachverstand aus sozialen Bewegungen in die Erarbeitung von Positionen von Partei und Fraktionen, ebenso das Angebot an Akteure sozialer Bewegungen, am Wissen der eigenen Fachleute teilzuhaben (gegenseitige Information und Qualifikation).
2. Kontakte auf der Basis von Kooperationen entlang gemeinsamer

Teilforderungen und konkreter Einzelvorhaben. Ziel ist hier die Lösung von konkreten Problemen (z.B. die Einführung eines Mindestlohnes).

3. Kontaktpflege und Aufbau von regelmäßigen Diskussionsorten zwischen linker Partei und sozialen Bewegungen: Ziel ist hier die Schaffung von allgemeiner Bündnisfähigkeit und die Eröffnung von Kommunikationskanälen. Es kommt darauf an, gemeinsame Klammern herauszuarbeiten und der strategischen Verständigung einen kontinuierlicheren Rahmen zu geben. Zu beachten ist dabei, dass soziale Bewegungen für solche Zwecke grundsätzlich andere Strukturen nutzen als Parteien und andere Großorganisationen, z.B. offene Plena, Versammlungen etc.
4. Seitens der Partei bedeutet dies auch die Ermunterung von Mitgliedern und die Unterstützung der Landes- und Kreisverbände, aktiv als Teil von Bewegungen zu arbeiten. Dazu dienen u.a. Materialien (Plakate, Flugblätter, Unterschriftenlisten), Informationen über die Bündnisdiskussionen, Handreichungen, Kampagnen- und Multiplikatorentreffen.

Diese Felder des Zusammenwirkens werden oft durch Zufälligkeiten (persönliche Kontakte) und das Engagement einzelner GenossInnen und engagierter FachpolitikerInnen bearbeitet: Das ist wünschenswert und authentisch, reicht aber noch nicht aus. Die Summe aller zufälligen Einzelkontakte ergibt nicht automatisch eine Strategie. Auf der Ebene des Parteivorstandes sollte der Bereich „Kontakt zu den sozialen Bewegungen“ dagegen verstetigt werden:

1. In den Reihen des Parteivorstandes werden konkrete Verantwortlichkeiten für den kontinuierlichen Kontakt und für die laufende Kommunikation mit den sozialen Bewegungen sowie für die Mitarbeit in konkreten Bündnissen festgelegt. Diese Verantwortung schließt auch die Kommunikation in die Partei und die Umsetzung von Bündnisbeteiligungen in Zusammenarbeit mit der Bundesgeschäftsstelle ein.
2. Die *Kontaktstelle* der Fraktion ist hier eine Möglichkeit, auch für DIE LINKE insgesamt.
3. Für eine intensive Kommunikation mit bundesweiten Akteuren der sozialen Bewegungen wollen wir einen diskursiven Raum zu schaffen, der genügend Offenheit und Attraktivität besitzt, um diese Akteure zusammenzubringen und zugleich Akzeptanz für DIE LINKE zu schaffen. – Entsprechende Formen sind hier jeweils flexibel zu wählen, da sie an die konkreten Anlässe und die jeweils spezifische Kultur der unterschiedlichen Bewegungen anzupassen sind (z.B. Beirat, Fachgespräch, Roter Salon, Stammtisch etc.).
4. Der Parteivorstand ist angehalten, Akteuren aus sozialen Bewegungen einzuladen, in den Meinungsbildungsprozess der Partei DIE LINKE einzugreifen. Dies bezieht sich sowohl auf strategische, als auch auf programmatische Diskussionen. Dies kann z.B. im Rahmen von zeitlich befristeten und thematisch eingegrenzten Foren sein. Ziel dieser Foren wäre es, mit Akteuren aus sozialen Bewegungen, auch solchen aus Wissenschaft und Kultur, wichtige Themen zu bearbeiten und zur innerparteilichen Positionsfindung beizutragen. Die Ergebnisse dieser Foren sind zu veröffentlichen und in die Gremien der Partei einzubringen.

Weitere Schlussfolgerungen

DIE LINKE ermuntert ihre Mitglieder sich in diesem Sinne auf allen Ebenen in die vielfältigen Aktivitäten von sozialen Bewegungen einzubringen und aktiv mitzuarbeiten.

Der Parteivorstand der Partei DIE LINKE beauftragt die Geschäftsstelle, die Aktivitäten der sozialen Bewegungen zu einem Gegenstand ihrer Analysetätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit zu machen.

1. Die Mitglieder und Sympathisanten der Partei werden über die Website und den Newsletter der Partei über bewegungsrelevante Termine und Ereignisse informiert.
2. Die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit und Strategie und Politik analysieren Bestehendes, Entstehendes sowie neue Themen, und geben entsprechende Anregungen an den Parteivorstand. Sie sorgen für eine Kommunikation in die Parteigliederungen und die Bereitstellung von Materialien.

Der Parteivorstand der Partei DIE LINKE bittet die Rosa-Luxemburg-Stiftung, mit ihrer Bildungs- und Netzwerkarbeit einen Anlauf- und Diskussionspunkt für soziale Bewegungen zu bilden sowie Bewegungsforschung zu betreiben. Die RLS möge aus dieser Netzwerkarbeit Handlungsempfehlungen an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion mit Hinweis auf Brennpunkte von Bewegungsaktivitäten und -debatten abgeben.

Konkrete Verantwortlichkeiten im Parteivorstand für die nächsten Ereignisse aus sozialen Bewegungen:

1. Klimaaktionstag, 08.12.2007. <http://die-klima-allianz.de/aktionsseite.php>  
*Verantwortlich:* NN
2. Bahnprivatisierung/Kampagne gegen den Börsengang der Bahn: wäre sinnvoller Weise mit der AG Antiprivatisierung zu verknüpfen.  
*Verantwortlich:* NN
3. Perspektiventage – Wie weiter nach Heiligendamm? Berlin, 17. bis 20.01.2008.  
*Verantwortlich:* Katja Kipping u.a.
4. Global Day of Action (Weltsozialforum), 26.01.2008. Siehe [www.wsf2008.net](http://www.wsf2008.net)  
*Verantwortlich:* Katja Kipping
5. Europäisches Sozialforum, Malmö, 17. bis 21.09.2008. Siehe [www.esf2008.org](http://www.esf2008.org)  
*Verantwortlich:* Katja Kipping, Christine Buchholz
6. Kontakt zur Friedensbewegung, u.a. Schwerpunkt zu den 2008er BT-Beschlüssen zum Afghanistaneinsatz der Bundeswehr.  
*Verantwortlich:* Christine Buchholz, Wolfgang Gehrcke
7. Globale soziale Rechte, Diskussionsprozess von attac, IG Metall, NGOs und anderen.  
*Verantwortlich:* Katja Kipping
8. Aktivitäten gegen den EU-Reformvertrag  
*Verantwortlich:* Helmut Scholz u.a.
9. Weiteres bitte ergänzen! (z.B. weitere Antiprivatisierungskampagnen)